



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
L 21

Kiel, 30. April 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

95. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 29. April 2015,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Die Ausschussmitglieder vereinbarten mit der Landesregierung zur **Aktenvorlage nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung: Geiselnahme in der JVA Lübeck**, Umdruck 18/3992, eine weitere Verlängerung der Frist der Einsichtnahme bis zum 13. Mai 2015.

Der Ausschuss führte mit Herrn Büddefeld, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, und Herr Dr. Weichert, Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein, ein Gespräch im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Aufrüstung der Geheimdienste stoppen**, Drucksache 18/2804 (neu). Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, den Tagesordnungspunkt in ihrer nächsten Sitzung, am 6. Mai 2015, erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP, **Bundesratsinitiative zur Schaffung größerer Rechtssicherheit bei der Nutzung von Ferienwohnungen**, Drucksache 18/2219, wurden fortgesetzt. Auch die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt sollen in der kommenden Sitzung des Ausschusses, am 6. Mai 2015, weitergeführt werden. Die Ausschussmitglieder nahmen in Aussicht, ihre Beratungen rechtzeitig zum Mai-Plenum des Landtags abzuschließen.

Der Bericht der Landesregierung, **Bekämpfung der Einbruchskriminalität**, Drucksache 18/2585, wurde ohne weitere Aussprache einstimmig abschließend zur Kenntnis genommen.

Einstimmig schloss sich der Innen- und Rechtsausschuss dem Beschluss des Finanzausschusses zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Personalstruktur und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen**, Drucksache 18/1867, an, dem Landtag die Annahme des Antrags in der geänderten Fassung des Umdrucks 18/4219, zu empfehlen.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung**, Drucksache

18/2106, fort. Die Ausschussmitglieder kamen überein, ihre Beratungen nach dem Versuch der justizpolitischen Sprecher, zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen, fortzusetzen.

Zum Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Demokratie lebt von Beteiligung**, Drucksache 18/2532, und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2557, beschlossen die Ausschussmitglieder einstimmig, eine mündliche Anhörung im Juli des Jahres durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen innerhalb von vier Wochen benannt werden. Darüber hinaus wurde der Bildungsausschuss gebeten, sich mit den in den Anträgen enthaltenen Fragen zur schulischen Bildung, Nummern 4 bis 6 in der Drucksache 18/2532, zu beschäftigen.

Der Ausschuss setzte folgende Punkte von der Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zum Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/119](#)

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Umdrucke 18/2514, 18/4201](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Umdruck 18/1314](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - [Umdruck 18/1318](#)

(abschließende Beratung am 13. Mai 2015 und zweite Lesung im Mai-Plenum vorgesehen)

- **Änderung des Gesetzes über die Stiftung des Brandschutz-Ehrenzeichens**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/2581](#)

(abschließende Beratung am 13. Mai 2015 und zweite Lesung im Mai-Plenum vorgesehen)

- **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, des Informationszugangsgesetzes und des Straßen- und Wegegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/2582](#)

(abschließende Beratung am 13. Mai 2015 und zweite Lesung im Mai-Plenum vorgesehen)

- **Gesetz zur Bereitstellung dokumentenechter Stifte in Wahlzellen**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/2622](#)

(nächste Beratung im September 2015 vorgesehen)

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren (Gefahrhundegesetz - GefHG) vom 28. Januar 2005 (GVOBl.-SH 2005, S. 51)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/925](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW - [Umdruck 18/4200](#)

- **Gesetz zur Angleichung der Regelaltersgrenze von Ministern an Beamte**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/2621](#)

Schluss: 16:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder